

Mehrwertsteuererhöhung trifft die Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe annähernd gleichmäßig .....	625
Diffuse Verbrauchskonjunktur Der private Verbrauch in Deutschland zur Jahresmitte 1996 .....	632

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 38-39/96

Berlin

Stöglin

19. September 1996

63. Jahrgang

### Mehrwertsteuererhöhung trifft die Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe annähernd gleichmäßig

*Wieder einmal — so läßt die politische Diskussion der letzten Wochen vermuten — steht in Deutschland eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor der Tür. Ins Leben gerufen worden war eine allgemeine Umsatzsteuer in Deutschland 1918 als Allphasensteuer mit einem Satz von 0,5 vH; bis 1951 stieg er schrittweise auf 4 vH. 1968 wurden mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer ein Normalsatz von 10 vH und ein ermäßigter Satz für einige Güter des Grundbedarfs der Lebensführung von 5 vH eingeführt. Noch im selben Jahr kam es zur Anhebung beider Sätze; weitere Erhöhungen folgten 1978, 1979, 1983 und 1993. Gegenwärtig beträgt der Normalsatz der Mehrwertsteuer 15 vH; in den folgenden Berechnungen wurde eine Anhebung dieses Satzes auf 17 vH unterstellt. Der ermäßigte Satz soll auf dem gegenwärtigen Stand von 7 vH verbleiben.*

*Die in diesem Bericht verwendeten Daten entstammen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>1</sup> und den laufenden Wirtschaftsrechnungen<sup>2</sup> des Statistischen Bundesamtes.*

#### Anteil der indirekten Steuern am Gesamtaufkommen nahm zu

Begründet wird die Notwendigkeit einer Mehrwertsteuererhöhung unter anderem damit, daß das Verhältnis von direkten und indirekten<sup>3</sup> Steuern „aus dem Ruder gelaufen“ sei. Ein Blick in die Statistik genügt, um dieses Argument zu entkräften.

Das Steueraufkommen<sup>4</sup> belief sich 1980 in Westdeutschland auf 381 Mrd. DM und 1995 in Gesamtdeutschland auf 838 Mrd. DM (Tabelle 1). Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote — Steuern in vH des Bruttoinlandsprodukts — ging im alten Bundesgebiet von 26 vH (1980) auf knapp 24 vH (1990) zurück. Nach der deutschen Vereinigung aber wurden die Einnahmen des Staates auf breiter Front angehoben, um die nach Ostdeutschland fließenden Transferströme zu finanzieren; 1992 ist die Steuerquote wieder auf fast 25 vH gestiegen. In den letzten Jahren hat sie sich nun bei reichlich 24 vH eingependelt.

Der Anteil der direkten Steuern am Gesamtaufkommen (1980: 49 vH) hat — vor allem aufgrund der Progression der

Einkommensteuer — bis zur Mitte der achtziger Jahre etwas zugenommen; der Anteil der indirekten Steuern (1980: 51 vH) ging leicht zurück. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts hielten sich direkte und indirekte Steuern dann im großen und ganzen die Waage. Die dritte Stufe der Einkommensteuerreform in den Jahren 1986 bis 1990 hatte zur Folge, daß der Anteil der direkten Steuern deutlich abnahm. Mehrmalige Erhöhungen von Mineralöl-

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1995, Vorbericht, Reihe S. 15, Revidierte Ergebnisse 1950 bis 1990.

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1994.

<sup>3</sup> Indirekte Steuern sind diejenigen Steuern und ähnlichen Abgaben, die der Staat oder Einrichtungen der Europäischen Union bei Produzenten erheben und die bei der Gewinnermittlung abzugsfähig sind.

<sup>4</sup> Steuern in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Tabelle 1

Direkte und indirekte Steuern<sup>1)</sup>

Jahr	Direkte Steuern				Indirekte Steuern				Insgesamt
	Lohnsteuer <sup>2)</sup>	Direkte Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen <sup>3)</sup>	Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch	zusammen	Umsatzsteuern	Produktionssteuern <sup>4)</sup>	Einfuhrabgaben	zusammen	
in Mrd. DM									
1980	115,6	68,5	3,7	187,8	96,6	83,4	13,5	193,5	381,2
1981	120,2	64,3	3,7	188,1	100,7	83,5	14,1	198,3	386,4
1982	125,9	63,6	3,8	193,2	101,2	85,7	14,8	201,7	394,9
1983	131,5	65,0	3,9	200,4	109,2	89,0	16,2	214,4	414,8
1984	139,6	69,3	4,1	213,0	115,9	93,8	16,5	226,1	439,2
1985	150,0	75,5	4,1	229,6	116,7	97,2	16,4	230,3	460,0
1986	154,5	77,3	5,2	237,0	117,9	101,3	17,0	236,2	473,2
1987	167,3	74,0	4,7	245,9	125,1	101,2	19,2	245,5	491,4
1988	170,5	80,3	4,6	255,4	130,1	107,5	19,5	257,1	512,5
1989	184,4	92,2	5,1	281,8	137,5	117,4	23,4	278,3	560,1
1990	179,1	87,1	4,8	271,0	155,0	122,3	25,0	302,2	573,2
1991 <sup>5)</sup>	226,5	98,0	6,2	330,8	183,8	144,6	30,1	358,5	689,2
1992	258,5	99,0	7,4	364,9	199,0	159,8	31,1	389,8	754,7
1993	259,3	96,2	7,9	363,4	217,1	163,5	28,5	409,1	772,5
1994	270,5	89,2	7,9	367,7	234,9	178,4	30,1	443,3	811,0
1995	302,6	81,1	7,8	391,4	235,4	179,8	31,6	446,8	838,2
in vH									
1980	30,3	18,0	1,0	49,2	25,3	21,9	3,5	50,8	100,0
1981	31,1	16,6	0,9	48,7	26,1	21,6	3,6	51,3	100,0
1982	31,9	16,1	0,9	48,9	25,6	21,7	3,8	51,1	100,0
1983	31,7	15,7	0,9	48,3	26,3	21,4	3,9	51,7	100,0
1984	31,8	15,8	0,9	48,5	26,4	21,3	3,8	51,5	100,0
1985	32,6	16,4	0,9	49,9	25,4	21,1	3,6	50,1	100,0
1986	32,7	16,3	1,1	50,1	24,9	21,4	3,6	49,9	100,0
1987	34,0	15,0	1,0	50,0	25,5	20,6	3,9	50,0	100,0
1988	33,3	15,7	0,9	49,8	25,4	21,0	3,8	50,2	100,0
1989	32,9	16,5	0,9	50,3	24,6	21,0	4,2	49,7	100,0
1990	31,2	15,2	0,8	47,3	27,0	21,3	4,4	52,7	100,0
1991 <sup>5)</sup>	32,9	14,2	0,9	48,0	26,7	21,0	4,4	52,0	100,0
1992	34,3	13,1	1,0	48,3	26,4	21,2	4,1	51,7	100,0
1993	33,6	12,5	1,0	47,0	28,1	21,2	3,7	53,0	100,0
1994	33,4	11,0	1,0	45,3	29,0	22,0	3,7	54,7	100,0
1995	36,1	9,7	0,9	46,7	28,1	21,5	3,8	53,3	100,0

<sup>1)</sup> Ohne vermögenswirksame Steuern. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — <sup>2)</sup> Vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage. — <sup>3)</sup> Vor Abzug der Investitionszulagen. — <sup>4)</sup> Einschließlich Verwaltungsgebühren der Unternehmen. — <sup>5)</sup> Ab 1991 einschließlich des neuen Bundesgebietes.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1995, Vorbericht, Reihe S.15, Revidierte Ergebnisse 1950 bis 1990.

und Tabaksteuer sowie die Mehrwertsteueranhebung von 1993 führten zu einer weiteren Strukturverschiebung von den direkten (1995: 47 vH) zu den indirekten Steuern (1995: 53 vH). Sollte es 1999 zu einer neuen Einkommensteuerreform kommen, würde das Gewicht der indirekten Steuern am Gesamtaufkommen abermals zunehmen.

Am ergiebigsten unter den direkten Steuern ist die Lohnsteuer; sie machte im vergangenen Jahr mehr als ein Drit-

tel des gesamten Steueraufkommens aus (1980: 30 vH). Der Anteil der direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dagegen ist von 18 vH (1980) auf 10 vH (1995) zurückgegangen<sup>5)</sup> — hier ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß sich die veranlagte Ein-

<sup>5)</sup> Vgl. Hartmut Tofaute: Steuerverteilung in der Schieflage. Steigende Lohnsteuerquote — sinkende Gewinnsteuerbelastung. In: WSI-Mitteilungen, Heft 3/1995, S. 197 ff.

kommensteuer (eine der wichtigen gewinnorientierten Steuern) und die Lohnsteuer zunehmend überschneiden. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird die Lohnsteuer höher, die veranlagte Einkommensteuer niedriger ausgewiesen, als das jeweilige Aufkommen tatsächlich war<sup>6</sup>.

Unter den indirekten Steuern sind die Steuern vom Umsatz (Mehrwert- und Einfuhrumsatzsteuer) die ergiebigste Geldquelle für den Staat; sie erbringen nach der Lohnsteuer das zweithöchste Aufkommen. Ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen ist von 25 vH (1980) auf 28 vH (1995) gestiegen. Der Anteil der Produktionssteuern (z.B. Verbrauch-, Gewerbe- und Grundsteuern) betrug in den achtziger und neunziger Jahren nahezu unverändert 21 bis 22 vH des Steueraufkommens insgesamt.

### Erhöhung der Mehrwertsteuer

Ins Gespräch gekommen ist eine erneute Anhebung der Mehrwertsteuer, weil sie zur Finanzierung der Einkommensteuerreform 1999 beitragen soll. Da eine kräftige Senkung der Einkommensteuersätze vorgesehen ist, sind erhebliche Steuerausfälle zu erwarten: bei einem Stufentarif mit Steuersätzen von 8 vH, 18 vH und 28 vH (Modell des CDU-Abgeordneten Uldall) Mindereinnahmen von etwa 115 Mrd. DM, bei einem linear-progressiven Tarif mit einem Eingangsteuersatz von 15 vH und einem Spitzensteuersatz von 35 vH (Vorschlag des Bundes der Steuerzahler) solche von etwa 100 Mrd. DM. Weitere Modelle zur Einkommensteuerreform wurden entwickelt; das DIW hat einen Tarif mit einem Eingangsteuersatz von 20 vH und einem Spitzensteuersatz von 47 vH zur Diskussion gestellt, der mit 50 Mrd. DM zu erheblich geringeren Ausfällen führt<sup>7</sup>.

Ursprünglich war vorgesehen, die aus einer Einkommensteuerreform resultierenden Einnahmeausfälle vor allem durch den radikalen Abbau von Steuervergünstigungen auszugleichen, die insbesondere die Bezieher hoher Einkommen entlasten. Vorgeschlagen zur „Verbreiterung“ der Bemessungsgrundlage werden Abstriche bei steuerfreien Einnahmen, Werbungskosten und Sonderausgaben sowie bei der Nichtbesteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung bestimmter Anlagegüter<sup>8</sup>; das DIW hat — weil diese Abstriche zur Kompensation der Steuerausfälle vermutlich nicht ausreichen würden — darüber hinaus Mehreinnahmen durch den Ersatz des Ehegatten-Splittings durch ein Familien-Splitting ins Spiel gebracht. Doch seit in der Politik die Mehrwertsteuer als bequemere Kompensationsmöglichkeit immer wieder in den Vordergrund tritt — anders als bei der Streichung von Steuervorteilen ist hier ein Widerstand von Interessengruppen kaum zu erwarten —, ist zu vermuten, daß an steuerliche Vergünstigungen eher halbherzig herangegangen wird. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde also einen umfassenden Abbau von Sonderregelungen bei der Einkommensbesteuerung in die Zukunft verschieben.

Auch andere Gründe sprechen gegen eine Mehrwertsteuererhöhung. Erfahrungsgemäß führt eine Anhebung dieser Steuer zu einem Anstieg der Verbraucherpreise und hat erhöhte Lohnforderungen der Gewerkschaften zur Folge. Auf beides würde die Geldpolitik mit einem restriktiven Kurs reagieren, der die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen dürfte.

Als Argument für eine Mehrwertsteueranhebung wird die Harmonisierung der Umsatzbesteuerung in der Europäischen Union angeführt. In der Tat gilt mit Ausnahme von Luxemburg in allen übrigen EU-Staaten ein höherer Normalsatz der Mehrwertsteuer als in Deutschland: Mit 25 vH liegen Dänemark und Schweden an der Spitze, gefolgt von Finnland (22 vH), Belgien und Irland (21 vH), Frankreich (20,6 vH) und Österreich (20 vH).

Träfe nun eine Anhebung der deutschen Mehrwertsteuer die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen stärker als die hoher Einkommen, wie mitunter gesagt wird? Das DIW hat sich des öfteren mit dieser Frage auseinandergesetzt<sup>9</sup>. Die hier vorgelegten Berechnungen bestätigen frühere Ergebnisse.

### Haushalte mit niedrigem Einkommen haben den höchsten Anteil an mehrwertsteuerfreien Verbrauchsausgaben

Die gegenwärtige Belastung von Haushalten mit unterschiedlich hohem Einkommen durch die Mehrwertsteuer kann anhand der Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen ermittelt werden, in denen ausgewählte Haushaltstypen erfaßt sind<sup>10</sup>:

<sup>6</sup> Vgl. Klaus Schüler: Zur Neuberechnung der Nettoeinkommensarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/1986, S. 329 ff.

<sup>7</sup> Vgl. *Öffentliche Haushalte 1996/97: Finanzpolitik weiterhin auf schmalen Grat*. Bearb.: Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 35/1996, S. 577 ff.

<sup>8</sup> Vgl. *Thesen der Einkommensteuer-Kommission zur Steuerfreistellung des Existenzminimums ab 1996 und zur Reform der Einkommensteuer*. Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 55, August 1995.

<sup>9</sup> Vgl. *Die Belastung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern*. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau und Gerhard Göseke. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 44/1977, S. 377 ff. — Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener: *Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1.7.1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur*. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 99/1987. — Klaus-Dietrich Bedau und Dieter Teichmann: *Struktur und Entwicklung der Steuerbelastung von Haushalten in Ost- und Westdeutschland durch direkte und indirekte Steuern*. Gutachten des DIW im Auftrage der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten. Berlin 1995 (als Manuskript vervielfältigt).

<sup>10</sup> Angaben über die Gesamtheit der privaten Haushalte (allerdings ohne die Haushalte mit sehr hohem Einkommen) liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Von den Ergebnissen der jüngsten EVS, die 1993 erhoben wurde, stehen aber Daten zur Einkommensverteilung und -verwendung bisher nicht zur Verfügung.

- Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalte von Rentnern und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen,
- Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen,
- Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen.

Einkommen, Verbrauch und Ersparnis dieser drei Haushaltstypen sind — sowohl für West- als auch für Ostdeutschland — unlängst vom DIW dargestellt worden<sup>11</sup>. Soweit es die verfügbaren Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen erlauben, wurden die Ausgaben der Haushalte im Jahr 1994 — getrennt nach Hauptgruppen des privaten Verbrauchs — nach ihrer Belastung mit Mehrwertsteuer gegliedert (Tabelle 2):

- in steuerfreie Ausgaben (z.B. Wohnungs- und Garagenmieten, Dienstleistungen von Ärzten und Krankenhäusern, Ausgaben für Theater-, Konzert- und Museumsbesuche),
- in steuerermäßigte Ausgaben (z.B. Nahrungsmittel, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Ausgaben für den Personennahverkehr),
- in vollbesteuerte Ausgaben.

Es zeigte sich, daß beim Verbrauch der Rentner- und Sozialhilfeempfänger-Haushalte mit geringem Einkommen die mehrwertsteuerfreien Ausgaben, beim Verbrauch der Arbeitnehmer-Haushalte mit höherem Einkommen die vollbesteuerten Ausgaben stärker ins Gewicht fallen als jeweils bei den anderen Haushaltstypen. Somit ist die vom Gesetzgeber angestrebte Sozialtarifierung der Mehrwertsteuer prinzipiell verwirklicht worden.

In den neuen Bundesländern ist der Anteil der steuerfreien Verbrauchsausgaben noch immer vergleichsweise gering. Dort bleibt das Niveau der (steuerfreien) Woh-

nungsmieten nach wie vor hinter dem in Westdeutschland zurück, obwohl sich die Mietausgaben der ostdeutschen Haushalte seit der Vereinigung mehr als verdreifacht haben.

### Haushalte mit mittlerem Einkommen relativ am stärksten belastet

Die Haushalte mit geringem Einkommen zahlen faktisch keine direkten, sondern überwiegend indirekte Steuern. Der progressive Einkommensteuertarif hat zur Folge, daß der Anteil der direkten Steuern an den von den Haushalten gezahlten Steuern mit steigendem Einkommen zunimmt und der Anteil der indirekten Steuern — sowohl der Mehrwertsteuer als auch der Verbrauchsteuern — sinkt.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Haushalte mit geringem Einkommen relativ am stärksten belastet sind. Denn die Belastung der einzelnen Haushaltstypen durch die Mehrwertsteuer hängt von zwei Einflußfaktoren ab. So müssen einkommensschwache Haushalte in der Regel zwar einen vergleichsweise hohen Anteil ihrer verfügbaren Mittel für Konsumgüter aufwenden, in deren Preisen die indirekten Steuern enthalten sind; insoweit sind sie Haushalten mit höherem Einkommen gegenüber im Nachteil, die Ersparnisse bilden können. Aber die Haushalte mit niedrigem Einkommen fragen — wie erwähnt — eher Güter des Grundbedarfs nach, die geringer besteuert sind als solche des gehobenen Konsums. Deshalb wirkt die Mehrwertsteuer nicht durchgängig regressiv. Vielmehr nimmt ihr Anteil am ausgabefähigen Einkommen von geringen zu mittleren Einkünften zu, und erst dann setzt eine regressive Wirkung ein. Dieser „bogenförmige“ Verlauf zeigt sich sowohl für West- als auch für Ostdeutschland:

Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte 1994 in vH der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen

	Haushalts- typ 1	Haushalts- typ 2	Haushalts- typ 3
Früheres Bundesgebiet	6,1	6,3	5,9
Neue Länder und Berlin-Ost	7,1	7,5	7,1

Tabelle 2

### Struktur des privaten Verbrauchs 1994 nach der Belastung mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen in vH

	Haushalts- typ 1	Haushalts- typ 2	Haushalts- typ 3
Früheres Bundesgebiet			
Steuerfreie Ausgaben	33,4	27,3	27,5
Steuerermäßigte Ausgaben	21,3	17,6	15,5
Vollbesteuerte Ausgaben	45,3	55,1	57,0
Neue Länder und Berlin-Ost			
Steuerfreie Ausgaben	23,5	17,4	15,8
Steuerermäßigte Ausgaben	20,7	17,9	16,6
Vollbesteuerte Ausgaben	55,8	64,7	67,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1994; Berechnungen des DIW.

### Zusätzliche Belastung der Haushaltstypen durch eine Mehrwertsteuererhöhung annähernd gleichmäßig

Eine andere Frage ist, in welchem Ausmaß die Haushalte unterschiedlichen Einkommens von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer getroffen würden. Um dies abzuschätzen, wurden die Verbrauchsausgaben, die die einzelnen Haushaltstypen im Jahr 1994 getätigt haben, einmal (wie oben) mit den zur Zeit geltenden Mehrwertsteuersätzen,

<sup>11</sup> Die Belastung der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland durch direkte und indirekte Steuern. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau und Dieter Teichmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 46/1995, S. 781 ff.

Tabelle 3

Steuern nach Haushaltstypen 1994 bei unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen<sup>1)</sup>  
in DM je Haushalt und Monat

	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	Normalsatz der Mehrwertsteuer		Normalsatz der Mehrwertsteuer		Normalsatz der Mehrwertsteuer	
	15 vH	17 vH	15 vH	17 vH	15 vH	17 vH
Früheres Bundesgebiet						
Direkte Steuern	0	0	515	515	1 251	1 251
Indirekte Steuern	206	221	452	485	642	691
Mehrwertsteuer	158	173	330	363	495	544
Verbrauchssteuern	48	48	122	122	147	147
Zusammen	206	221	967	1 000	1 893	1 942
Neue Länder und Berlin-Ost						
Direkte Steuern	0	0	319	319	845	845
Indirekte Steuern	239	257	450	482	534	574
Mehrwertsteuer	185	203	322	354	394	434
Verbrauchssteuern	54	54	128	128	140	140
Zusammen	239	257	769	801	1 379	1 419

<sup>1)</sup> Es wird unterstellt, daß der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (7 vH) unverändert bleibt.  
*Quellen:* Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1994; Berechnungen des DIW.

zum anderen mit einem um 2 vH-Punkte höheren Normalsatz belegt; für den ermäßigten Mehrwertsteuersatz wurde angenommen, daß er unverändert bleibt (Tabelle 3). Als Reaktion der Verbraucher auf eine Anhebung der Mehrwertsteuer wurden einmal nominal, zum anderen real gleichbleibende Verbrauchsausgaben unterstellt; die wahrscheinliche Entwicklung dürfte dazwischen liegen.

Nominal gleichbleibende  
Verbrauchsausgaben

Vorausgesetzt wurde zunächst, daß die Haushalte nach der Steueranhebung die Höhe ihrer nominalen Verbrauchsausgaben nicht ändern. Bei einem Normalsatz der Mehrwertsteuer von 17 vH und gleichbleibenden Ausgabegewohnheiten hätten die Haushalte der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1994 im Durchschnitt monatlich 34 DM mehr an Umsatzsteuer zahlen müssen als bei einem Satz von 15 vH. Für die Haushalte mit geringem Einkommen hätte die zusätzliche Mehrwertsteuer 15 DM (Westdeutschland) bzw. 18 DM (Ostdeutschland), für die Haushalte mit höherem Einkommen 49 DM (Westdeutschland) bzw. 40 DM (Ostdeutschland) betragen (Tabelle 4). Die Belastung des verfügbaren Einkommens der einzelnen Haushaltstypen hätte sich relativ gleichmäßig erhöht:

Zusätzliche Belastung der privaten Haushalte 1994 durch eine Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um 2 vH-Punkte bei nominal gleichbleibenden Verbrauchsausgaben in vH der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen

	Haushalts- typ 1	Haushalts- typ 2	Haushalts- typ 3
Früheres Bundesgebiet	0,6	0,6	0,6
Neue Länder und Berlin-Ost	0,7	0,8	0,7

Real gleichbleibende Verbrauchsausgaben

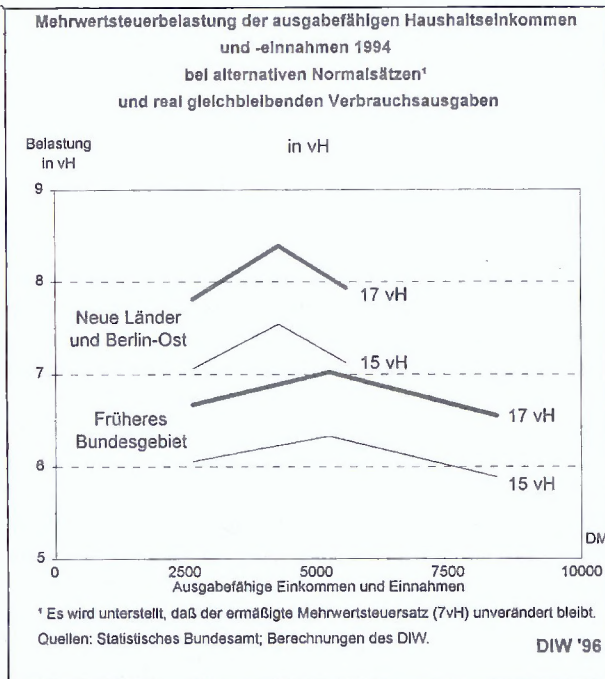
Ändern die privaten Haushalte nach einer Anhebung der Mehrwertsteuer ihre nominalen Verbrauchsausgaben nicht, so verbleibt ihnen nach Abzug des erhöhten Steuerbetrages ein geringerer realer Verbrauch als vor der Steuererhöhung. Viele Haushalte werden deshalb — um ihren Konsumstandard aufrechtzuerhalten — nach einer Mehrwertsteuererhöhung die mit dem vollen Satz belegten Verbrauchsausgaben ausweiten. Würden sich die in den laufenden Wirtschaftsrechnungen erfaßten Haushalte nach einer Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer auf 17 vH in dieser Weise verhalten, so wären ihre nominalen Konsumausgaben 1994 im Durchschnitt um monatlich rund 38 DM höher ausgefallen, als sie wirklich

Tabelle 4

**Privater Verbrauch und Ersparnis nach Haushaltstypen 1994 bei unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen<sup>1)</sup>**  
in DM je Haushalt und Monat

	Haushaltstyp 1			Haushaltstyp 2			Haushaltstyp 3		
	Normalsatz der Mehrwertsteuer 17 vH			Normalsatz der Mehrwertsteuer 17 vH			Normalsatz der Mehrwertsteuer 17 vH		
	15 vH	Nominal	Real gleiche Verbrauchs- ausgaben	15 vH	Nominal	Real gleiche Verbrauchs- ausgaben	15 vH	Nominal	Real gleiche Verbrauchs- ausgaben
Früheres Bundesgebiet									
Privater Verbrauch	2 170	2 170	2 186	3 958	3 958	3 994	5 855	5 855	5 909
Mehrwertsteuer	158	173	174	330	363	366	495	544	549
Privater Verbrauch ohne Mehrwertsteuer	2 012	1 997	2 012	3 628	3 595	3 628	5 360	5 311	5 360
Ersparnis	226	226	210	634	634	598	1 150	1 150	1 096
Nachrichtlich: Zusätzliche Mehrwertsteuer	X	15	16	X	33	36	X	49	54
Neue Länder und Berlin-Ost									
Privater Verbrauch	2 145	2 145	2 165	3 345	3 345	3 381	3 983	3 983	4 028
Mehrwertsteuer	185	203	205	322	354	358	394	434	439
Privater Verbrauch ohne Mehrwertsteuer	1 960	1 942	1 960	3 023	2 991	3 023	3 589	3 549	3 589
Ersparnis	270	270	250	574	574	538	1 062	1 062	1 017
Nachrichtlich: Zusätzliche Mehrwertsteuer	X	18	20	X	32	36	X	40	45

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll. — <sup>1)</sup> Es wird unterstellt, daß der ermäßigte Mehrwertsteuersatz (7 vH) unverändert bleibt.  
*Quellen:* Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1, Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1994; Berechnungen des DIW.



waren. Die Haushalte mit geringem Einkommen hätten 16 DM (Westdeutschland) bzw. 20 DM (Ostdeutschland), die Haushalte mit höherem Einkommen 54 DM (Westdeutschland) bzw. 45 DM (Ostdeutschland) mehr ausgegeben, als das tatsächlich der Fall war. Auch bei real gleichbleibenden Verbrauchsausgaben würde die zusätzliche Belastung der einzelnen Haushaltstypen annähernd gleichmäßig ausfallen<sup>12)</sup>:

Zusätzliche Belastung der privaten Haushalte 1994 durch eine Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um 2 vH-Punkte bei real gleichbleibenden Verbrauchsausgaben in vH der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen

	Haushalts- typ 1	Haushalts- typ 2	Haushalts- typ 3
Früheres Bundesgebiet	0,6	0,7	0,7
Neue Länder und Berlin-Ost	0,7	0,8	0,8

<sup>12)</sup> Das gilt etwa auch für eine Mehrwertsteuererhöhung um 5 vH-Punkte, die die westdeutschen Haushalte zusätzlich um 1,5 vH (geringes Einkommen), 1,7 vH (mittleres Einkommen) und 1,6 vH (höheres Einkommen), die ostdeutschen Haushalte um 1,9 vH, 2,1 vH und 2,0 vH belasten würde.

Das Schaubild zeigt, daß sich die Belastung der einzelnen Haushaltstypen weitgehend „parallel“ verschiebt, wenn der Mehrwertsteuersatz angehoben wird. Der „bogenförmige“ Verlauf der Belastung bleibt erhalten: Auf höherem Niveau nimmt diese mit steigendem Einkommen anfänglich zu und geht später wieder zurück.

Die Verbrauchsausweitung nach der Mehrwertsteuererhöhung wäre zu Lasten der Ersparnis gegangen; rechnerisch hätten die Haushalte der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1994 statt 14 vH ihres ausgabefähigen Einkommens nur reichlich 13 vH gespart. Doch mancher Haushalt hätte nach einer Steueranhebung wohl seine Ersparnisse, aber gleichzeitig auch seinen Konsumstandard eingeschränkt, so daß die Sparquote faktisch etwas weniger abgenommen hätte.

### Fazit

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in den nächsten Jahren ist nicht auszuschließen. Bleibt dabei der ermäßigte Satz konstant, hat sie in dem hier betrachteten Einkommensbereich nur geringe regressive Verteilungseffekte. Vielmehr träte eine Anhebung der Mehrwertsteuer die Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe nahezu gleichmäßig — zu diesem Ergebnis war das DIW bereits vor knapp zwanzig Jahren gekommen. Eine weniger starke zusätzliche Belastung ergäbe sich allenfalls für Haushalte mit einem Einkommen über der hier gewählten Grenze von rund 8 400 DM (Westdeutschland) bzw. 5 200 DM (Ostdeutschland). Gleichwohl verringert jede Erhöhung des Anteils der Mehrwertsteuer am Gesamtaufkommen den Umverteilungseffekt zugunsten der Haushalte mit niedrigem Einkommen, der vor allem aus der Progression der Einkommensteuer resultiert.

# Diffuse Verbrauchskonjunktur

## Der private Verbrauch in Deutschland zur Jahresmitte 1996<sup>1</sup>

### Zur Datenlage

Wegen der noch nicht abgeschlossenen Umstellung der statistischen Erhebungen in Deutschland auf ein EG-einheitliches System, von der auch die Einzelhandelsstatistik betroffen ist, sind Analysen der Verbrauchskonjunktur nach wie vor erschwert, denn die Umsatzveränderung im Einzelhandel ist praktisch der einzige Indikator für die kurzfristige Konsumententwicklung. Das Statistische Bundesamt hat zwar erste Einzelhandelsdaten nach der neuen Systematik veröffentlicht, allerdings nur für die Jahre 1994 und 1995; für 1996 gibt es noch keine Informationen, nicht einmal über die Gesamtentwicklung. Um dennoch eine Einschätzung über den konjunkturellen Verlauf zu gewinnen, wird derzeit am aktuellen Rand insbesondere auf die Statistik des westdeutschen Facheinzelhandels zurückgegriffen.

Allerdings zeigt ein Vergleich zwischen der neuen Einzelhandelsstatistik und der Facheinzelhandelsstatistik gravierende Abweichungen bei der Umsatzentwicklung 1995

gegenüber 1994 (Schaubild 1). Folgt man der neuen amtlichen Statistik, war der Verlauf deutlich günstiger; das hier ausgewiesene Plus von 1,7 vH im Jahresdurchschnitt steht einem Minus von knapp 1 vH beim Facheinzelhandel gegenüber. Diese Diskrepanz ist mehr oder weniger auch bei den einzelnen Branchen zu finden. Am stärksten ausgeprägt ist sie beim Lebensmitteleinzelhandel.

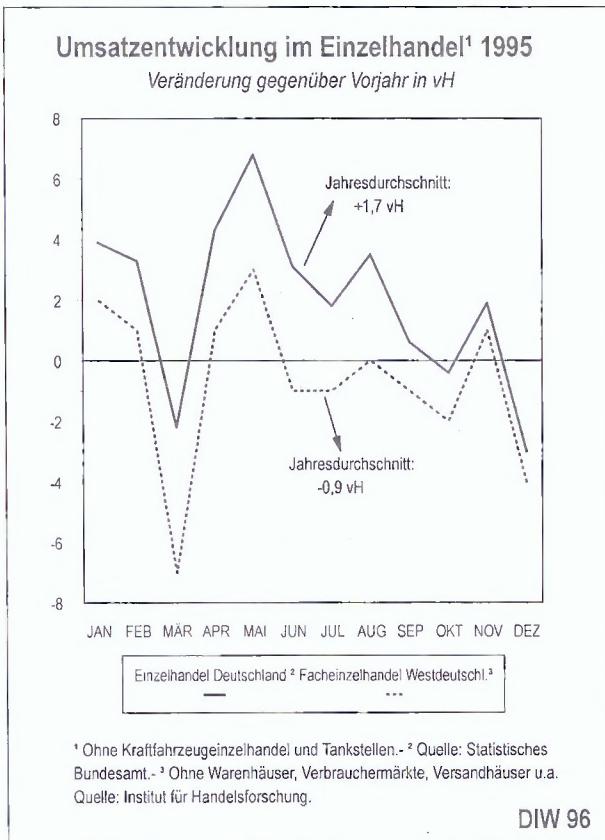
Begründet werden die neuen Ergebnisse vor allem mit einem anders zusammengesetzten Berichtskreis, in dem umsatzstarke Geschäftsformen wie Verbrauchermärkte oder SB-Warenhäuser ein höheres Gewicht als zuvor haben. Zumindest die deutliche Richtungsänderung ist überraschend, zumal andere Indikatoren wie die rückläufige Beschäftigung, die schwache Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen und das durchweg schlechte Geschäftsklima im Einzelhandel die aus der amtlichen Statistik abzulesende Aufwärtstendenz nicht stützen.

### Zur Revision der Gesamtrechnungsdaten

Anfang September hat das Statistische Bundesamt revidierte Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgelegt; die Änderungen reichen teilweise bis 1991 zurück. Beim privaten Verbrauch fällt die Reduzierung der (nominalen) Ausgaben im Jahre 1993 um fast 5 Mrd. DM auf. Da 1994 nur geringfügig korrigiert wurde, ergibt sich für dieses Jahr eine deutlich höhere Zuwachsrate (4,0 statt 3,7 vH). 1995 wurde das Verbrauchsniveau um gut 2½ Mrd. DM angehoben, möglicherweise im Zusammenhang mit den Erkenntnissen aus der neuen Einzelhandelsstatistik.

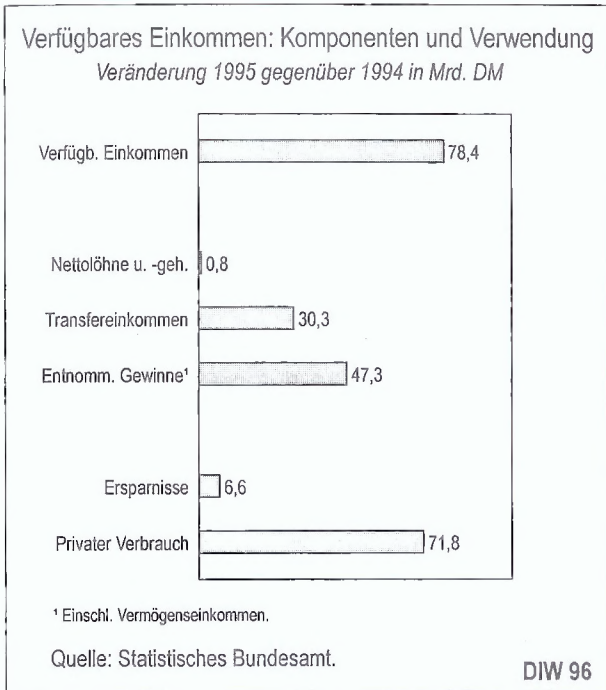
Für die Deutung der Verbrauchskonjunktur interessant sind Korrekturen bei den Daten der Einkommensverteilung. Mit der Erhöhung der Konsumausgaben verbunden war eine Anhebung der verfügbaren Haushaltseinkommen um 4 Mrd. DM. Bei den einzelnen Einkommenskomponenten zeigen sich aber ganz unterschiedliche Veränderungen: Während die Masseneinkommen (Nettolohn- und -gehaltsumme und Transfereinkommen) gegenüber den früheren Ansätzen reduziert wurden, kam es bei den Entnahmen (entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen) zu einer kräftigen Anhebung. Beim Vergleich mit den gleichzeitig korrigierten Daten für 1994 kommt man zu dem Ergebnis, daß die Nettolohn- und -gehaltsumme — mit rund 45 vH des verfügbaren Einkommens das gewichtig-

Schaubild 1



<sup>1</sup> Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — vierteljährliche saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen.

Schaubild 2



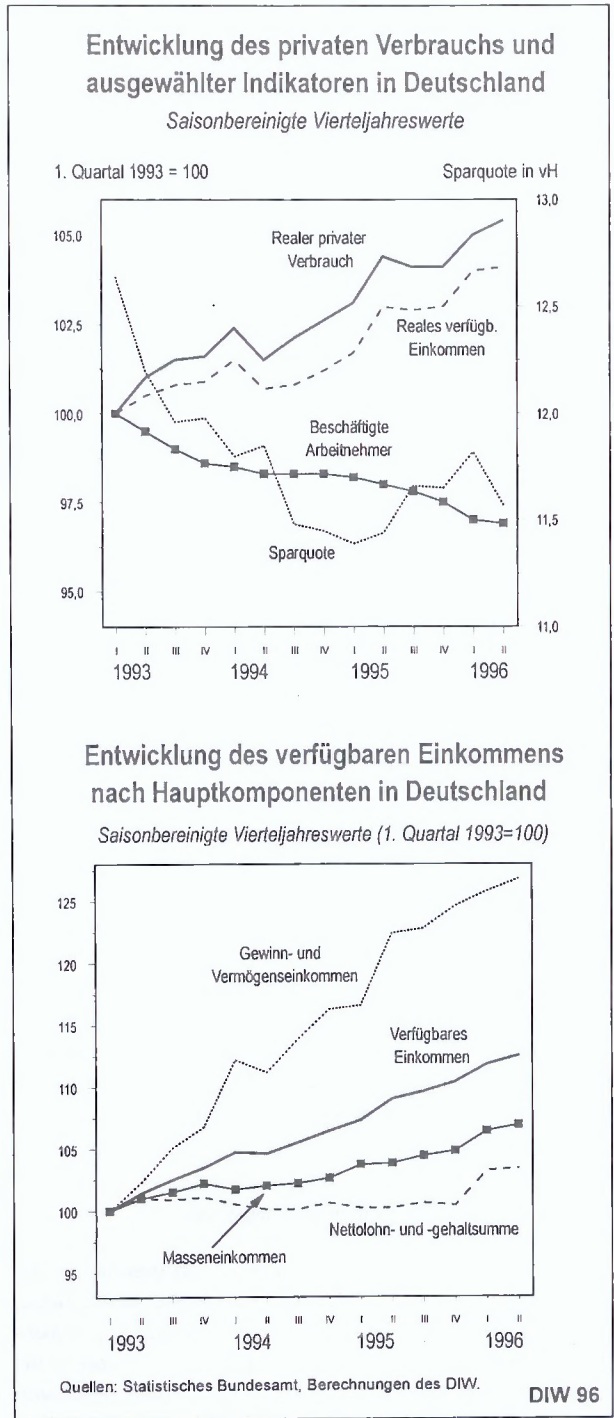
ste Einkommensaggregat — praktisch nichts zum Anstieg der Konsumausgaben im Jahre 1995 beigetragen hat (Schaubild 2). Die bestimmende Größe für die Verbrauchskonjunktur waren vor allem die Entnahmen. Die darin enthaltenen Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, die wegen der steigenden Geldvermögen ein immer größeres Gewicht bekommen, können relativ sicher berechnet werden. 1995 waren sie allerdings nur etwa so hoch wie 1994, so daß die Zunahme der Entnahmen allein mit höheren Gewinneinkommen zu erklären ist.

#### Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1996

Der private Verbrauch hat in der ersten Hälfte dieses Jahres die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stabilisiert. Begünstigt durch die per Saldo positiven Anstoßwirkungen staatlicher Maßnahmen zum Jahresanfang — hier sind vor allem Steuersenkungen und Verbesserungen beim Kindergeld zu nennen — konnten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben im ersten Jahresviertel um reichlich 1 vH ausweiten; gegenüber dem Vorjahr war dies ein Plus von 3,7 vH. Mehr als in den Jahren zuvor wurde die Expansion von der Entwicklung der Masseneinkommen getragen, die aufgrund der staatlichen Entlastungen einen deutlichen Anstieg — um 1½ vH gegenüber dem Vorquartal — zu verzeichnen hatten (Schaubild 3). Bei den Entnahmen hielt die Aufwärtsentwicklung an (+1 vH).

Im zweiten Quartal verlangsamte sich die Einkommensentwicklung erwartungsgemäß, weil die entlastenden Effekte nun nicht mehr zusätzlich wirken konnten. Im Einklang mit der anhaltend schlechten Lage auf dem Arbeits-

Schaubild 3



markt — der Rückgang der Beschäftigung setzte sich fort — stagnierte die Nettolohn- und -gehaltsumme nahezu. Trotz einer Zunahme der Transfereinkommen wegen der steigenden Belastungen durch den Arbeitsmarkt erhöhten sich die Masseneinkommen nur wenig, so daß vor allem die weiterhin expandierenden Entnahmen zum Anstieg der verfügbaren Einkommen um ½ vH beitrugen. Das doppelt so hohe Anstiegstempo bei den Verbrauchsausgaben vom

ersten Quartal konnte aber fast gehalten werden, weil aufgrund einer verringerten Ersparnisbildung — die durchschnittliche Sparquote sank saisonbereinigt von 11,8 auf 11,6 vH — ein höherer Ausgabenspielraum geschaffen wurde.

Bei dem insgesamt ruhigen Preisklima waren auch in realer Betrachtung Zuwächse zu registrieren. Der relativ kräftigen Expansion im ersten Quartal um knapp 1 vH folgte ein nur halb so großer Anstieg im zweiten Jahresviertel. Für das erste Halbjahr insgesamt resultiert daraus eine reale Zunahme um 1½ vH gegenüber 1995.

Der Preisindex der Lebenshaltung erhöhte sich in beiden Quartalen nur mäßig. Gegenüber dem Vorjahr verharnte die allgemeine Teuerungsrate bei 1,6 vH. Während in Westdeutschland der durchschnittliche Preisanstieg bei Gütern und Dienstleistungen im zweiten Jahresviertel nur noch bei 1½ vH lag, betrug er in Ostdeutschland 3 vH. Dort beeinflusste die Einführung des Vergleichmietensystems nach der Jahresmitte 1995 — sie hatte zu sprunghaften Mieterhöhungen geführt — noch die allgemeine Preisentwicklung. Mit dem Wegfall des statistischen Basiseffekts im August ist die Preissteigerungsrate deutlich gesunken — auf 1,8 vH — und liegt damit in der Nähe des Westniveaus.

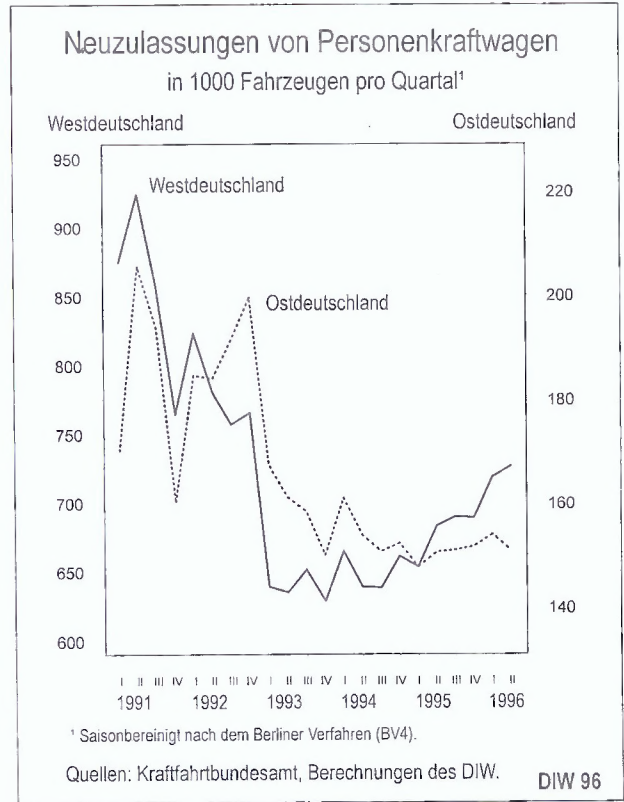
Der Einzelhandel als wichtigste Bezugsquelle der privaten Nachfrage profitierte im ersten Quartal in vollem Umfang von den staatlichen Einkommensentlastungen. Der nominale Umsatz<sup>2</sup> stieg um gut 1 vH, d.h. in etwa gleichem Tempo wie die verfügbaren Einkommen und die gesamten Konsumausgaben. Im zweiten Jahresviertel konnte er aber mit diesen nicht Schritt halten und blieb sogar etwas unter dem Niveau vom Vorquartal. Trotz der recht günstigen Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres errechnet sich für das erste Halbjahr ein Umsatzrückgang von rund ½ vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum; nach Ausschaltung der Preissteigerungen ergibt sich ein Minus von mehr als 1 vH.

### Verwendungsbereiche<sup>3</sup>

Beim Anstieg der Konsumnachfrage im ersten Jahresviertel spielte die kalte Witterung eine wesentliche Rolle, weil viele Haushalte zu vorzeitigen Heizölkäufen gezwungen wurden. Der Menge nach kam hier ein Plus von 12 vH gegenüber dem Vorjahr zustande. Auch der Verbrauch von Strom und Gas war höher als gewöhnlich, so daß die Ausgaben für *Haushaltsenergie* insgesamt spürbar zunahmen. Trotz der Normalisierung im zweiten Quartal, die sich in einem starken saisonbereinigten Rückgang niederschlug, errechnet sich für das erste Halbjahr ein kräftiger realer Zuwachs von etwa 8 vH.

Neben den ohne große Schwankungen expandierenden *Mietausgaben*, die sich in beiden Quartalen preisbereinigt um jeweils 1 vH erhöhten (Vorjahresabstand knapp 4 vH), erwies sich vor allem die Nachfrage im Verwendungszweck

Schaubild 4



*Verkehr und Nachrichtenübermittlung* als stabilisierender Faktor für den privaten Verbrauch. Schon im vergangenen Jahr ragte dieser Bereich aus der allgemeinen Konsumententwicklung heraus (real +5½ vH gegenüber 1994), was auf die seit Anfang 1995 anhaltende Belebung bei den Käufen von Personenkraftwagen zurückzuführen war. Auch in diesem Jahr setzte sich der Aufwärtstrend fort, wobei vor allem das erste Quartal mit einem Anstieg der Neuzulassungen um knapp 4 vH die Entwicklung prägte. Auffällig ist hier der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland, denn die positive gesamtdeutsche Entwicklung wurde fast ausschließlich von Westdeutschland getragen (Schaubild 4). In Ostdeutschland hat sich die Zahl der Neuzulassungen seit Mitte 1994 tendenziell nicht erhöht. Für den Verwendungsbereich insgesamt errechnet sich für die erste Hälfte dieses Jahres eine reale Mehrnachfrage von etwa 3 vH.

Überdurchschnittlich gefragt waren im ersten Jahresviertel auch Güter der *Bildung, Unterhaltung, Freizeit*. Das erste Halbjahr schloß mit einem realen Nachfrageplus von knapp 2 vH ab. Eine besonders dynamische Entwicklung hatte hier der Sportartikeleinzelhandel zu verzeichnen, der

<sup>2</sup> Gemessen an der Umsatzentwicklung des Facheinzelhandels in Westdeutschland.

<sup>3</sup> Wegen der unsicheren Datenlage beim Einzelhandel ist derzeit eine detaillierte Berechnung der Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs nicht möglich. Zur Einschätzung der strukturellen Konsumententwicklung im ersten Halbjahr 1996 wird auf Daten des westdeutschen Facheinzelhandels und andere verbrauchsrelevante Indikatoren zurückgegriffen.

schon im vergangenen Jahr seinen Absatz kräftig steigern konnte — im Durchschnitt um real 5 vH — und dieses Ergebnis in der ersten Hälfte dieses Jahres noch übertraf (+8 vH).

Der Verwendungszweck *Haushaltsführung* profitierte im ersten Quartal zwar auch von den Einkommensimpulsen, doch machte der reale Nachfrageanstieg von 1½ vH nur einen Teil der kräftigen Verluste vom Jahresendquartal 1995 (–3 vH) wett. Mit dem geringfügigen Anstieg im zweiten Jahresviertel konnte kaum weiterer Boden gutgemacht werden. Für das erste Halbjahr steht so ein reales Minus von 2½ vH zu Buche. Geprägt wurde die negative Entwicklung in erster Linie von der Abschwächung bei Möbelkäufen; der preisbereinigte Absatz des Möbeleinzelhandels blieb im Durchschnitt der ersten sechs Monate 1996 um etwa 3½ vH unter dem Vorjahrsniveau.

Die schon im vergangenen Jahr leicht aufwärts gerichtete Nachfrage nach *Nahrungs- und Genußmitteln* blieb auf diesem Entwicklungspfad; sie expandierte in beiden Quartalen etwa im Tempo der Gesamtnachfrage. Ähnlich war die Situation bei *Bekleidung und Schuhen*, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Die seit längerer Zeit hier zu beobachtende Nachfrageschwäche — 1995 gab es einen realen Rückgang um 2 vH — prägte bisher auch in diesem Jahr die Entwicklung, und im ersten Halbjahr mußten weitere Einbußen — in der Größenordnung von 1½ vH — hingenommen werden.

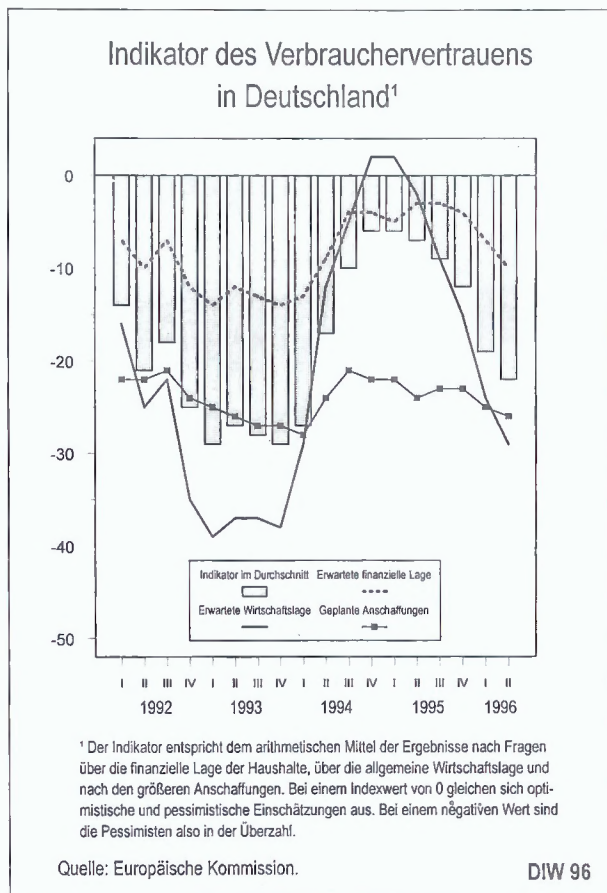
**Ausblick**

Eine Fortsetzung der in der ersten Jahreshälfte relativ guten Konsumententwicklung ist kaum zu erwarten. Betrachtet man das gesamte Umfeld, sind mehr be- als entlastende Faktoren auszumachen. Die Arbeitseinkommen werden im dritten Quartal brutto nur geringfügig steigen. Wegen der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge zum 1. Juli (2. Stufe der Pflegeversicherung) werden sie netto sogar sinken<sup>4</sup>. Zusätzliche Nachfrageimpulse könnten allenfalls wieder von den Gewinn- und Vermögenseinkommen kommen, die auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres stärker als die übrigen Komponenten des verfügbaren Einkommens expandieren dürften<sup>5</sup>.

Eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist kurzfristig nicht in Sicht. Im Gegenteil: Bis zuletzt waren steigende Arbeitslosenzahlen und — spiegelbildlich dazu — eine rückläufige Beschäftigung zu registrieren. Infolge der diesjährigen moderaten Tarifabschlüsse werden auch die Pro-Kopf-Einkommen nur verhalten steigen. Immerhin verläuft die Preisentwicklung weiter in ruhigen Bahnen, so daß die reale Kaufkraft weitgehend erhalten bleibt.

Auch mit Blick auf das kommende Jahr sind die Bedingungen für eine nachhaltige Belebung der Konsumnachfrage kaum gegeben. Eher dürften restriktive Faktoren dominieren. Das Sparpaket der Bundesregierung bedeutet zusätzlichen Kaufkraftentzug. Auch die zu erwartende Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung

Schaubild 5



im nächsten Jahr wird das Nachfragepotential der privaten Haushalte beschneiden.

Diese Perspektiven spiegeln sich im Konsumklima, das sich seit Mitte vergangenen Jahres deutlich verschlechtert hat (Schaubild 5). Vor allem hinsichtlich der in den kommenden 12 Monaten erwarteten allgemeinen Wirtschaftslage haben die pessimistischen Einschätzungen stark zugenommen. Auch rechnen die privaten Haushalte in den nächsten Monaten mit einer weiteren Verschlechterung ihrer finanziellen Situation; entsprechend ist die Neigung zur Anschaffung von langlebigen Konsumgütern zurückgegangen. In dieses Bild paßt auch die flauere Stimmung beim Einzelhandel.

<sup>4</sup> Vgl. Noch keine konjunkturelle Erholung. Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für das zweite Quartal 1996. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/1996, S. 545 ff.

<sup>5</sup> Nach Einschätzung des DIW steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im zweiten Halbjahr 1996 um 3 vH, die Entnahmen mit 6½ vH aber etwa doppelt so schnell. Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25-26/1996, S. 407 ff.

## Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 65. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1995. 134 S. DM 98,—

Market spreading versus market concentration: The choice of export marketing strategies reconsidered. By *Harald Trabold*.  
Arbeitsmarktsituation von Frauen in den neuen Bundesländern: Erwerbsverhalten, frauenspezifische Beschäftigungsrisiken, betriebliche Handlungsspielräume. Von *Friederike Behringer*.  
Kohorteneffekte auf Niveau und Entwicklung von Arbeitseinkommen im Laufe des Berufslebens — eine empirische Studie. Von *Hilmar Luckert*, *Christof Kühnlein* und *Leonhard Knoll*.  
Koordinierungsbedarf für die direkten Steuern bei verstärkter politischer und wirtschaftlicher Integration in der Europäischen Union. Von *Thomas Döring* und *Oliver Fromm*.  
Individuelle Wohlfahrtseffekte einer ökologischen Steuerreform am Beispiel des Verkehrsbereiches. Von *Holger Schlör*.  
Armut in der Transformation — das Beispiel Ungarn. Von *Rudolf Andorka* und *Zsolt Spéder*.  
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 1/1996. 137 S. DM 96,—

Transformation, Investitionen und Wachstum: Eine theoretische Perspektive. Von *Herbert Brücker* und *Wolfram Schrettl*.  
Privateigentum, Privatisierung und Transformation. Von *Hella Engerer*.  
Rußland: Fortsetzung des Niedergangs oder Beginn eines Aufschwungs? Von *Wolfram Schrettl* und *Ulrich Weißenburger*.  
Lessons from Five Years of Industrial Reform in Post-Socialist Central and Eastern Europe. By *Christian von Hirschhausen*.  
Die Veränderung der komparativen Vorteile Mittel- und Osteuropas im Transformationsprozeß. Von *Harald Trabold* und *Carla Berke*.  
Vorträge auf der 70-Jahr-Feier des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung am 14. November 1995 in Berlin.  
Vertiefung und Osterweiterung der Europäischen Union — Optionen für die Währungsordnung einer EU der Zwanzig. Von *Peter Bofinger*.  
Die Handelspolitik der EU zwischen internen, assoziierungsvertraglichen und multilateralen Zwängen. Von *Fritz Franzmeyer*.  
Der Beitritt zur Europäischen Union — Implikationen für Mittel- und Osteuropa. Von *János Kornai*.  
A European Union View of Enlargement to Central and Eastern Europe. By *Alan Mayhew*.  
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 2/1996. 155 S. DM 112,—

Nachfrageseitiges Marktversagen auf dem Energiemarkt: Empirische Evidenz, theoretische Aspekte, politische Folgerungen. Von *Barbara Praetorius*.  
Ballungsräume in den USA — anhaltende Reurbanisation? Von *Kurt Geppert*.  
Forschung und Entwicklung (FuE) in den ostdeutschen Agglomerationen Jena und Dresden. Von *Angela Scherzinger*.  
Zur Einkommenssituation und Einkommensverwendung von Familien mit jüngeren Kindern. Von *Ellen Kirner* und *Johannes Schwarze*.  
Investitionsdeterminanten im verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands. Von *Bernd Görzig*.  
Außenwirtschaftliche Aspekte des Transformations- und Entwicklungsprozesses in der Ukraine. Von *Ulrich Thießen*.  
Privatisierung der polnischen Wirtschaft: Fünf Jahre Erfahrung. Von *Janusz M. Dabrowski*.  
Ausländische Direktinvestitionen in Polen — Anfang eines dauerhaften Wachstums? Von *Tomasz Kalinowski*.  
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

*Der nächste Wochenbericht erscheint am 4. Oktober 1996*

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin  
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Mehrwertsteuererhöhung trifft die Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe annähernd gleichmäßig.* Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau. —  
*Diffuse Verbrauchskonjunktur — Der private Verbrauch in Deutschland zur Jahresmitte 1996.* Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —